

Oliver Müller (Fraktion Die Linke/BSG)
Rede zum Haushalt 2013, 14.02.2013
(Es gilt das gesprochene Wort)

„Es sind Diebe unterwegs. Macht schon mal die Türen auf.“

„Privatisierungen führen in der Regel dazu, dass öffentliche Daseinsvorsorge teurer und unsicherer wird - und dazu kommt, dass vor Ort nicht mehr entschieden und gesteuert werden kann. Das ist eine gefährliche Entwicklung - die fatalen Auswirkungen haben viele Kommunen schon zu spüren bekommen.“

Diese Sätze sind jetzt nicht von mir, sondern vom SPD-Landtagsabgeordneten Maximilian Schmidt (SPD). Und das hat er auch nicht irgendwann verlautbaren lassen, sondern auf seiner Facebook-Seite am 31. Januar 2013, als die Ratsfraktion der SPD sich schon entschlossen hatte, der Erweiterung der HSK-Erklärung zuzustimmen.

In der CZ vom 8.12.2012 war von Oberbürgermeister Mende noch zu hören – und das war ablehnend gemeint [Zitat]:

„Die von der CDU ausgerufene Revolution des Haushalts wird zu gravierenden weiteren Leistungseinschränkungen führen müssen. So lasse ich derzeit berechnen, um wie viel Euro monatlich die Mieten bei der WBG steigen müssen, um die CDU-Forderungen zu verwirklichen, wie hoch künftig die Eintrittspreise im Badeland sein müssen und was wir verkaufen können.“ [Zitat Ende]

Die Berechnungen liegen scheinbar noch nicht vor; aber Gespräche mit Gelsenwasser gibt es immerhin schon seit Monaten.

Ich erlaube mir noch einen kurzen Blick auf die Äußerungen der Grünen. Bernd Zobel sagte - laut Protokoll der Ratssitzung vom 20. Dezember 2012 – folgendes: [Zitat]

„Es mache auch keinen Sinn, dass städtische Töchter wie die WBG und die Stadtwerke jährlich 1 Mio. Euro Ausschüttungen der Stadt zufließen lassen, denn dies bringe diese Unternehmen in arge Bedrängnis. Weiterhin solle der Bereich der Daseinsvorsorge in kommunaler Hand bleiben.“ [Zitat Ende]

Das hat er jetzt in einer Pressemitteilung noch einmal bekräftigt, zu lesen war: [Zitat] *„Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger und deren kulturellen Bildungschancen dürfen nicht durch eine neoliberale Wettbewerbspolitik und Privatisierungen beeinträchtigt werden. Kindergärten, Schulen, Bibliotheken, Schwimmbäder sowie ÖPNV, Wasser und Abwasser, um einige Bereiche zu nennen, gehören für uns zur Daseinsvorsorge und dürfen nicht auf dem Altar des Renditestrebens geopfert werden.“* [Zitat Ende]

Uns ist gänzlich unverständlich, wie man dann der jetzt vorliegenden Erklärung zustimmen kann. Wenn ich mein Haus nicht verkaufen will, gehe ich doch nicht zu einem Makler. Oder ein anderes Bild: Dass ist, wie wenn ein Mann zu seiner Frau sagt: „Du ich habe gehört es sind Diebe unterwegs – da machen wir am besten mal alle Türen auf.“ Das ist doch schizophren.

Unterm Strich kann man der CDU nur gratulieren. Sie ist mit einem „Vier-Punkte-Plan“ in die Haushaltsberatungen gegangen. Und sie hat sich am Ende fast Eins-zu-Eins durchgesetzt. Und immerhin: Die CDU-Fraktion hat von Beginn an mit offenen Karten gespielt und ihre Forderungen transparent vertreten.

Nun sind am Ende meine Fraktion und die Unabhängigen die Einzigen, die diesen Kurs ablehnen. Und um auch das an dieser Stelle deutlich zu sagen: Wir machen deshalb keinen „Schulterschluss“ mit den Unabhängigen, sondern die beiden Fraktionen haben in großen Teilen unterschiedliche Beweggründe, die jetzt vorliegende Erklärung zum HSK abzulehnen.

Diese Erläuterung nur, falls jemand aus diesem Hause mit dem Gedanken spielt, einen Brief an eine übergeordnete Person bezüglich des heutigen Abstimmungsverhaltens zu schreiben, wobei ich denke, die „Unabhängigen“ haben im Gegensatz zur CDU keinen „Landesvater“.

Und um einen zweiten Vorwurf gegen uns aufzugreifen, dem der „Verweigerung“. – Ja, wir „verweigern“ uns dem Kurs von Privatisierung und Personalabbau, den eine Mehrheit des Rates heute entscheiden wird.

1.) Wir wollen nicht, dass kommunale Leistungen privatisiert werden – und deshalb sehen wir absolut keinen Sinn darin, dies „überprüfen“ zu lassen.

2.) Wir wollen keinen Personalabbau, der einzig einem Sparziel unterworfen ist. Nebenbei aber: Wo kommunale Leistungen qualitativ gleichwertig mit weniger Personal durchgeführt werden könnten, sperrt sich selbstverständlich kein vernünftiger Mensch dagegen. Aber solche Überlegungen müssen sich an der jeweiligen Leistung orientieren und nicht an einem Sparziel. Wir sind z.B. dagegen, das Garnisonmuseum wieder zu eröffnen – mit der Konsequenz einer aus unserer Sicht sinnvollen Personaleinsparung.

3.) Wir wollen keine Erhöhung der Erträge aus Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Denn dies führt zu Miet- und

Gebührenerhöhungen – ich verweise auf die Äußerungen des Oberbürgermeisters vom Dezember.

Für all dies Privatisierung, Personalabbau und Miet- bzw. Gebührenerhöhungen öffnet eine Mehrheit im Rat heute Tür und Tor. All das ist falsch und nicht erforderlich.

Dass der Haushalt überhaupt genehmigungsfähig ist, liegt nicht an der „Erklärung zum HSK“, sondern schlicht und einfach darin begründet, dass wir die Einnahmesituation deutlich verbessert haben. Das nun wiederum ist nicht der CDU zu verdanken, sondern uns „Verweigerern“ von der Fraktion Die Linke/BSG.

Unsere Zustimmung zur Erhöhung der Hebesätze bei Grundsteuer und Gewerbesteuer bringt ab 2014 jährlich Mehreinnahmen von gut drei Millionen Euro. Wir haben diese Erhöhung als Erste ins Gespräch gebracht und: Das war in dieser Haushaltsrunde der entscheidende Schritt zur Konsolidierung.

Nebenbei: Mit der von der CDU beklagten Beeinträchtigung des Standorts ist es anscheinend nicht soweit her. Sie alle werden etwas verwundert gewesen sein, dass die Industrie- und Handelskammer die vom Rat beschlossene Gewerbesteuererhöhung noch gar nicht mitbekommen hatte. Denn erst Ende Januar forderte der Geschäftsführer der IHK dazu auf, in keinem Fall die Gewerbesteuern zu erhöhen. So schlimm kann's dann ja wohl nicht sein.

Selbstverständlich muss auch auf der Ausgabenseite etwas passieren: Wir haben einen zweiten Vorschlag gemacht, der für die nächsten zehn Jahre Haushaltsentlastungen von mindestens

800.000 Euro jährlich im Ergebnishaushalt bringen würde: nämlich den vollständigen Verzicht auf das Projekt Nordwall/Neumarkt. Und es ist uns nach wie vor gänzlich unverständlich, warum bis auf die Fraktion der „Unabhängigen“ alle anderen an diesem völlig überflüssigen Projekt festhalten.

Das war im übrigen das Projekt, das im Rahmen des Bürgerhaushalts die meiste Kritik auf sich gezogen hat. Und deshalb haben wir den Antrag gestellt, den Ausbau des Nordwalls endlich einmal auf den Prüfstand zu stellen. Wir wollen, dass eine Fachkonferenz zum Thema durchgeführt wird und alle Annahmen über die Notwendigkeit und den Nutzen offen diskutiert werden. Leider will die Mehrheit im Rat dies nicht. Weshalb wir uns wahrscheinlich im Übrigen auch den Bürgerhaushalt künftig besser „sparen“.

Denn, wie schon zuvor von einigen befürchtet, handelte es sich ja keineswegs um Bürgerbeteiligung an politischer Diskussion, sondern um Bürgerbeschäftigung. Das Geld können wir auch anderswo versenken.

Wir haben den Fraktionen, die gemeinsam mit uns die Gewerbe- und Grundsteuer erhöht haben, angeboten, mit unserem Stimmverhalten dem Haushalt 2013 eine Mehrheit zu verschaffen. Unsere am Ende einzigen Bedingungen waren: 1.) die Durchführung des Symposiums zum Nordwall, 2.) die Erarbeitung einer beschlussreifen Vorlage zur Einrichtung einer Energie- und Klimaschutzagentur.

Die Gespräche hierüber sind mit der SPD-Fraktionsspitze sogar bis zu einer gewissen Einvernehmlichkeit geführt worden. Am Ende wurde uns seitens der SPD vermittelt, dass die Grünen nicht mitziehen würden. Ich will das hier nur soweit bewerten: Es hätte

eine Alternative geben können gegen Personalabbau und gegen Privatisierung und für eine ökologisch sinnvolle Verkehrs- und Klimapolitik.

Und natürlich sind wir nicht die einzigen in Celle, die gespannt sein dürfen wie sich SPD & Bündnisgrüne im Laufe der nächsten Zeit wieder gegen das wenden wollen, was sie heute einmütig verabschieden.

*Nass und nasser, wird's im Saal und auf den Stufen
welch entsetzliches Gewässer!
Herr und Meister, hör mich rufen !
Herr, die Not ist groß,
die ich rief, die Geister – werd' ich nun nicht los.*

Und wo ich schon beim Wasser angekommen bin:

Den Vorwurf, dass die Frage nach Privatisierungsabsichten innerhalb der Verwaltung vom Oberbürgermeister als Skandal eingestuft wird, finde ich höchst erstaunlich.

Diese Frage wurde in allen Celler Medien aufgegriffen – wohl kaum, weil sie nur die „Linken“ in Celle interessiert.

Da es nicht darum geht, ob die neuen Schneeräumfahrzeuge der Stadt nun grün statt orange sind, hätte zumindest meine Fraktion sich gewünscht, dass die Verwaltungsspitze auf ein politisches Mandat, wie es heute leider erteilt wird, gewartet hätte, bevor sie ihre Aktivitäten in Richtung Teilprivatisierung der Daseinsvorsorge unserer Mitbürgerinnen entwickelt. Wohl wissend, dass die Verwaltung durchaus die Pflicht & das Recht hat, politische Meinungsbildungsprozesse vorzubereiten und zu begleiten.

Aber in diesem Falle sehen wir, wenn auch kein juristisches, so doch ein politisches Fehlverhalten der Verwaltungsspitze.

Und dieses zeigt auch ein aus meiner Sicht strukturelles Problem des Umgangs zwischen Rathaus & Politik & Bürgern auf:

Wenn wir nichts fragen, heißt es im Nachhinein oft: Ach, das hätten wir ihnen aber sagen können.

Wenn wir ganz unverbindlich fragen, bekommen wir oft Antworten, die in ihrer Unverbindlichkeit das Papier nicht wert sind.

Aber wenn wir konkret fragen, dann heißt es, wir wollen „skandalisieren“.

In diesem Falle weil wir eine Nachfrage stellten, nachdem die Antwort zur eigentlichen Frage zur allgemeinen Verwirrung in der Öffentlichkeit führte.

Eine – wie wir finden – sachliche, und unserer übertragenen Bürgerpflicht durch unsere Wählerinnen verpflichtende Nachfrage wird als Angriff auf die Verwaltung gewertet.

Des weiteren wird auch uns Politikern vorgehalten, wir mögen bitte hinter den Mitarbeitern der Stadtverwaltung stehen, sie in der Öffentlichkeit stärken und schützen. Eine absolut verständliche Anforderung.

Nur: Wenn der Chef eben dieser Verwaltung in jüngster Vergangenheit immer wieder einer breiten Öffentlichkeit zeigt, wie viele Äußerungen in Leserbriefen und Kommentaren zeigen, wie sehr er hinter seinem Team steht – dann ist doch die Frage sicherlich erlaubt, wieviel Produktivität in diesem Betrieb „Stadt

Celle“ durch das in-die-Öffentlichkeit-tragen hausinterner Problem auf der Strecke bleibt.

In der freien Wirtschaft würde solch ein Verhalten die Produktivität existenziell bedrohen, wenn ich durch öffentliche Schuldzuweisungen meine Mitarbeiter zur inneren Emigration zwingen, statt ihnen nach außen hin das Gefühl von Sicherheit und Rückhalt zu bieten.

Dem Fatalismus, dass so nun einmal Politik sei, möchten wir uns nicht hingeben.

Eigentlich geprägt von Parteiideologien und besonders von Copyright-Stempeln einzelner Ideen zeigt sich ja hier & heute in beängstigender Weise, dass es auch manchmal anders zu gehen kann.

Ich gebe zu, dass wir enttäuscht sind, dass die Chance für eine zukunftsorientierte Mitte-Links-Mehrheit in diesem Rat so bis auf weiteres verspielt ist. Für all das, was die Ratsmehrheit jetzt mit der Erklärung zum HSK anschiebt, werden sie in uns verschiedene Gegner finden.